



Presseschau vom 14.02.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Nevada: Gesetzentwurf will Tech-Unternehmen eigene Regierungen und Justiz erlauben**

Ein im US-Bundesstaat Nevada geplantes Gesetz könnte Hightech-Unternehmen schon bald ermöglichen, größere Grundstücke zu erwerben und auf dem Gelände eine eigene Regierung zu installieren. Inklusiv eigener Steuern, Schulen und Rechtsprechung. ...

<https://kurz.rt.com/2f5c>

Alexander Adams: **"Weiße Vorherrschaft" – Jetzt sollen auch Aristoteles und Platon aus Lehrplänen verschwinden**

Ein bekannter US-Akademiker fordert, die sogenannten Klassiker aus den Lehrplänen zu streichen. Diese seien "mit der weißen Vorherrschaft verstrickt". Doch wer künftigen Generationen die Weisheit der Vergangenheit vorenthält, fördert Ignoranz und Spaltung. ...

<https://kurz.rt.com/2f88>

Wladislaw Sankin: **Steinmeiers "Waterloo" – Der ukrainische Botschafter und sein Feldzug gegen den Bundespräsidenten**

Eine Welle der Entrüstung kam diese Woche über den Bundespräsidenten – ausgelöst von einem Kommentar des ukrainischen Botschafters. Steinmeier habe "schamlos" die ukrainischen Opfer des Zweiten Weltkrieges vernachlässigt. So wird ein Sturm im Wasserglas produziert. ...

<https://kurz.rt.com/2f7t>

Anton Latzo: Verhältnis zwischen USA und China am Scheideweg: Kommt mit Joe Biden die große Konfrontation?

In den Betrachtungen der Medien zur Außenpolitik der USA unter Präsident Joe Biden wird vordergründig behauptet, diese sei deshalb in eine schwierige Lage geraten, weil ihre Glaubwürdigkeit gelitten habe. Das stimmt zwar, ist aber weder neu noch ausreichend, um die tatsächlichen Ursachen für den gefährlichen Zustand der Welt zu erklären. ...

<https://kurz.rt.com/2faq>

abends/nachts:

snanews.de: Japan: Mindestens 30 Verletzte bei starkem Erdbeben in Fukushima

Bei einem schweren Erdbeben am späten Samstagabend (Ortszeit) im Nordosten Japans sind laut der Nachrichtenagentur Kyodo mindestens 30 Menschen verletzt worden.

Die Erschütterung hatte eine Stärke von 7,3, heißt es. Das Erdbebenzentrum lag vor der Provinz Fukushima in einer Tiefe von 55 Kilometern. Trotz der starken Erdstöße gebe es keine Gefahr für eine Riesenflutwelle, teilte die japanische Wetterbehörde mit.

Der Verkehr der elektrischen Hochgeschwindigkeitszüge Shinkansen wurde eingestellt.

Schwere Atomkatastrophe vor fast zehn Jahren

Die Region war vor fast genau zehn Jahren, am 11. März 2011, von einem schweren Erdbeben der Stärke 9,0 und einem gewaltigen Tsunami verwüstet worden. Damals kamen rund 18.500 Menschen in den Fluten ums Leben. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi kam es damals zu einem Gau.

Gebäude in Tokio schwanken

Der Atombetreiber Tepco prüfe nun zunächst, ob die Atomruine durch das neue Beben weiter beschädigt worden sei, berichtete der Fernsehsender NHK. Die Erschütterung vom Samstag ließ auch im Großraum Tokio die Gebäude lange Zeit schwanken. Laut der japanischen Regierung blieben fast eine Million Haushalte in der Region Kanto in der Nähe von Tokio ohne Strom.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/0d/901655_0:140:3242:1964_1440x0_80_0_0_fdc6af4a269de8b0b00f993ef990b9c5.jpg

snanews.de: Kaum erfüllbar: Slowakei interveniert gegen deutsche Reisebeschränkungen

Der slowakische Außenminister Ivan Korcok hat bei seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas gegen Reisebeschränkungen für Lastwagenfahrer interveniert. Wie das Außenministerium in Bratislava am Samstag mitteilte, ging es dabei um die Vorschrift, an der Grenze einen höchstens 48 Stunden alten Coronatest für die Einreise nach Deutschland vorzuweisen.

„Diese Maßnahme wird riesige Probleme verursachen und ist für unsere Lastwagenfahrer in der Praxis kaum erfüllbar“, erklärte Korcok dem Bundesaußenminister nach Angaben seines Ministeriums. Die Slowakei habe deshalb eine diplomatische Note nach Berlin geschickt. Die Bundesregierung in Berlin hat das EU-Land Slowakei am Freitag ebenso wie zuvor Tschechien und Tirol als Gebiet mit besonders gefährlichen Virusmutationen eingestuft. Damit dürfen Reisende aus der Slowakei von wenigen Ausnahmen abgesehen nicht mehr nach Deutschland kommen. Lastwagenfahrer gehören zwar zu den Ausnahmen, aber nur, wenn sie die Testbedingung erfüllen oder eine Quarantäne antreten.

Die Slowakei befürchtet, dass andere EU-Länder dem deutschen Beispiel folgen könnten. „Unsere Volkswirtschaften sind eng miteinander verbunden (...), deshalb fordere ich, dass wir innerhalb der EU Schritte vermeiden, die zu reziproken Maßnahmen und weiteren Störungen des Binnenmarktes führen könnten“, warnte Korcok.

Die Slowakei war glimpflicher als die meisten anderen EU-Staaten durch die erste Pandemiewelle im Frühling 2020 gekommen. Seit Oktober steigt aber die Zahl der Infektionen und Corona-Toten dramatisch an. Dabei wurde mittlerweile die sogenannte britische Variante B.1.1.7 zum dominierenden Typ des Coronavirus. Nicht bestätigt hat sich hingegen ein erster slowakischer Verdachtsfall in Bezug auf die südafrikanische Variante.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/0d/901746_0:105:3022:1805_1440x0_80_0_0_7fe930c42c7187fe7dbf63731e7f8cc9.jpg

snanews.de: **Keine Mehrheit erzielt: Freispruch für Trump im Impeachment-Verfahren**

Im Amtsenthebungsverfahren gegen Donald Trump hat der US-Senat den Ex-Präsidenten vom Vorwurf der „Anstiftung zum Aufruhr“ freigesprochen. Eine Mehrheit von 57 Senatoren stimmte am Samstag zwar gegen den Republikaner. Doch die für eine Verurteilung nötige Zweidrittelmehrheit von 67 Stimmen wurde nicht erzielt.

50 Demokraten und sieben Republikaner stimmten für eine Verurteilung Trumps.

Zuvor hatten die Ankläger im Impeachment-Verfahren eine Verurteilung Trumps wegen „Anstiftung zum Aufruhr“ gefordert. Die Beweislast für Trumps Verantwortung für die Erstürmung des Kapitols durch seine Anhänger am 6. Januar sei „überwältigend und unwiderlegbar“, sagte Chefankläger Jamie Raskin am Samstag.

Trump habe auch nach dem Beginn der Erstürmung des Parlamentsgebäudes nichts unternommen, um den Angriff zu stoppen, fügte Raskin hinzu.

Trump's Verteidiger haben die Vorwürfe der Anklage als „absurde und monströse Lügen“

zurückgewiesen. Sie argumentieren zudem, dass das Impeachment verfassungswidrig sei, weil Trump nicht mehr im Amt sei.

Trump wird angelastet, seine Anhänger zum Sturm auf das Kapitol aufgehetzt zu haben. Er hatte für den 6. Januar, also den Tag, an dem Bidens Sieg bei der Präsidentenwahl im November vom Kongress formell bestätigt werden sollte, zu einer Demonstration aufgerufen. In einer Rede vor seinen Anhängern behauptete er, die Präsidentenwahl sei manipuliert worden, und forderte dazu auf, zum US-Parlamentsgebäude Kapitol zu ziehen. Wenig später stürmten Anhänger des scheidenden Präsidenten Donald Trump das Kapitol. Im Zusammenhang mit den Unruhen kamen fünf Menschen ums Leben.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/0a/856255_0:0:2989:1682_1440x0_80_0_0_94f4266c4a1500a2efc232484fe40906.jpg

vormittags:

wpered.su: Beim gemeinsamen Plenum des ZK und der ZKK der KP der DVR wurde entschieden, die propagandistische Arbeit zu verstärken

Am 13. Februar fand in Donezk ein gemeinsames Plenum des ZK und der ZKK der KP der DVR statt. Dabei wurde die Entscheidung getroffen, die propagandistische Arbeit zu verstärken, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Zu Beginn seines Beitrags erinnerte der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow die Anwesenden an das vor kurzem stattgefundenе Plenum des ZK der KPRF, bei dem auch Fragen erörtert worden waren, die mit der Informations- und propagandistischen Arbeit zusammenhängen. Im Zusammenhang damit, dass die Donezker Volksrepublik sich auf eine Annäherung an die Russische Föderation orientiert, müssen die Kommunisten der DVR ihre Arbeit mit der KPRF koordinieren. Er lenkte auch die Aufmerksamkeit darauf, dass in der Republik nicht im notwendigen Maße der westlichen und ukrainischen Propaganda entgegengewirkt wird. Im Zusammenhang damit ist es notwendig, die Informations- und propagandistische Arbeit zu verstärken.

„Die Aufgabe unserer Massenmedien ist es, bei den Einwohnern der Republik ein Bild von der Zukunft, den programmatischen Dokumenten und Entscheidungen der Partei herauszubilden. Eines der Probleme in der parteilichen propagandistischen Arbeit ist für uns die Heranbildung von professionellen Kadern. In den Städten und Bezirken sind noch erfahrene Veteranen der parteilichen und gesellschaftlichen Massenmedien verblieben. Mit ihnen muss korrekt, aber nachdrücklich und beständig gearbeitet werden, dabei müssen jungen Korrespondenten und Reporter gefunden werden. Und berichtet werden muss über jegliche Arbeit unter Beteiligung der Partei: eine kulturelle Veranstaltung, eine

Kinderveranstaltung, Sportwettkämpfe, ein Besuch bei Veteranen und deren Unterstützung, ein Treffen mit der Bevölkerung, ein runder Tisch, öffentliche Lesungen, Vorlesungen, Interviews mit Einwohnern zu einem gegebenen Thema. Über alles, was um uns herum geschieht, muss in den Massenmedien berichtet werden. Wenn über eine Parteiorganisation gesprochen wird, wenn man von ihr hört oder liest, so heißt das, dass sie arbeitet. Wenn nichts geschrieben oder gesagt wird, so hat ihre Existenz keine Bedeutung“, sagte Boris Litwinow. Im Ergebnis beschloss das Plenum, die Kader- und technischen Möglichkeiten der Partei-Massenmedien zu vergrößern, die Propaganda der programmatischen Zielsetzungen der KP der DVR zu verstärken, allseitig eine Ausweitung des Kreises von Bündnispartnern und Anhängern der Partei zu unterstützen, über die Aktivität befreundeter gesellschaftlicher Organisationen zu berichten, das klassenmäßige und demokratische Wesen der Volkspatriotischen Union zu zeigen, auf Basis des Zentrums für politische Bildung Filmvorträge zu organisieren, die Zusammenarbeit zwischen den Massenmedien der KP der DVR und der KPRF zu verstärken. Außerdem wurde entschieden, die Feiern einer ganzen Reihe historischer Daten vorzubereiten, unter anderem den 125. Geburtstag Georgij Shukows und den 60. Jahrestag des Raumflugs Jurij Gagarins. Bei der Veranstaltung überreichte Boris Litwinow Parteibücher an neue Mitglieder. Der Sekretär des ZK der KP der DVR Stanislaw Retinskij zeichnete die kommunistischen Journalisten, die sich am meisten ausgezeichnet haben, anlässlich des 5. Jahrestag der Gründung der Seite „Wperjod“ mit Urkunden aus und übergab ihnen kommunistische Literatur.

snews.de: **Kosovo wählt neues Parlament**

Im Kosovo hat am Sonntag (07.00 Uhr MEZ) die Parlamentswahl begonnen, meldet dpa. Rund 1,8 Millionen Bürger sind dazu aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Der vorgezogene Urnengang wurde erforderlich, weil die letzte Regierung nach einem Urteil des Verfassungsgerichts durch eine nicht rechtmäßige Wahl im Parlament zustande gekommen war.

Meinungsumfragen sehen die linke Bewegung Vetevendosje (Selbstbestimmung) klar in Führung. Ihren Vorsitzenden Albin Kurti hat allerdings die Wahlkommission von der Kandidatenliste gestrichen. Ein Gericht hatte ihn 2018 wegen einer Tränengasattacke im Parlament zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Kurti war bereits von Februar bis Juni 2020 Ministerpräsident. Nach dem Ausscheren des Koalitionspartners, der konservativen Demokratischen Liga des Kosovo (LDK), verlor er das Amt an den LDK-Politiker Avdullah Hoti. Im Falle eines Wahlsiegs der Vetevendosje will Kurti erneut Regierungschef werden. Die Wahllokale schließen um 19.00 Uhr. Mit Teilergebnissen wird am späten Abend gerechnet.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/0e/902427_0:46:3072:1774_1440x0_80_0_0_99bd38f7e5388f6511846f37778840e1.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 13. Februar 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Allerdings wurden auf dem von den BFU kontrollierten Territorium weiter Detonationen von Sprengvorrichtungen registriert:
5:30 Uhr im Gebiet von Solotoje-4.

de.rt.com: **Virtueller Besuch: Biden und Merkel sprechen bei der Münchner Sicherheitskonferenz**

Neben US-Präsident Joe Biden wird auch Bundeskanzlerin Angela Merkel nächste Woche an der virtuellen Münchner Sicherheitskonferenz teilnehmen. Der Neuanfang in den transatlantischen Beziehungen nach dem Machtwechsel im Weißen Haus steht auf der Tagesordnung.

US-Präsident Joe Biden wird zur diesjährigen Tagung der Münchner Sicherheitskonferenz in der kommenden Woche virtuell zugeschaltet sein. Das teilte Konferenzleiter Wolfgang Ischinger mit. Seit Bidens Wahlsieg im November sollen die Organisatoren der Münchner Sicherheitskonferenz daran gearbeitet haben, ihn als Redner zu gewinnen. Neben Biden wird auch Bundeskanzlerin Angela Merkel nächste Woche an der virtuellen Münchner Sicherheitskonferenz teilnehmen. Das teilten die Veranstalter am Freitag mit. Biden nahm 2009 und 2015 als US-Vizepräsident an der Münchner Sicherheitskonferenz teil und traf Merkel bei diesem jährlichen Treffen.

Die Entscheidung für einen Auftritt bei der Sicherheitskonferenz zeige, dass Biden Deutschland eine besondere Bedeutung beimesse, sagte Ischinger. Bidens Teilnahme bedeute, "dass er auch herausgehobene Erwartungen gerade an die Führungskraft Deutschlands hinsichtlich der transatlantischen Beziehungen hat".

Hauptthema wird der Neuanfang in den transatlantischen Beziehungen nach dem Machtwechsel im Weißen Haus sein. Es soll zudem auch um den Klimaschutz und die COVID-19-Pandemie gehen. Zu diesen Themen werden auch der Generalsekretär der Weltgesundheitsorganisation WHO, Tedros Adhanom Ghebreyesus, und Microsoft-Gründer Bill Gates sprechen.

Das weltweit bedeutendste Expertentreffen zur Sicherheitspolitik sollte eigentlich zwischen dem 19. und 21. Februar in München stattfinden. Angesichts der COVID-19-Pandemie wird daraus nun eine digitale Veranstaltung am 19. Februar, zu der sich die Teilnehmer per Video zuschalten. Sie soll auch nur knapp drei Stunden dauern.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/6026e64348fbef62a96b96a6.JPG>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 13. Februar 3:00 Uhr bis 14. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 1.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Mariupol: Unterlaufgranatwerfer – 5 Granaten; Schusswaffen – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich **Leninskoje**.

Um 17:20 Uhr wurde eine Detonation in der Folge technischer Arbeiten im Gebiet von Awdejewka registriert.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 5.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Türkei will Leichen von 13 entführten Staatsbürgern im Nordirak gefunden haben

Türkische Soldaten, die an einem Militäreinsatz gegen Kämpfer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) im Nordirak teilnehmen, sollen die Leichen von 13 entführten türkischen Bürgern entdeckt haben, die in einer Höhle hingerichtet worden seien. Darüber berichtet die Nachrichtenagentur Reuters unter Verweis auf das Verteidigungsministerium der Türkei. Laut Verteidigungsminister Hulusi Akar war die Entführung der Opfer aus Sicherheitsgründen vorher nicht bekanntgegeben worden.

Die Türkei hätte am 10. Februar eine Militäroperation gegen die im Land als Terrororganisation eingestufte und verbotene PKK in der nordirakischen Region Gara eingeleitet, um ihre Grenze zu sichern und die Bürger zu finden, die zuvor entführt worden waren, teilte Akar in einer Erklärung mit, die das türkische Verteidigungsministerium am Sonntag veröffentlichte.

„Bei der Durchsuchung einer Höhle, die unter Kontrolle gebracht wurde, wurden die Leichen von 13 entführten türkischen Bürgern gefunden. Bei der ersten Untersuchung wurde festgestellt, dass zwölf unserer unschuldigen und unbewaffneten Bürger in den Kopf geschossen wurde und dass sie den Märtyrertod gestorben waren. Einem weiteren Bürger wurde in die Schulter geschossen, und auch er starb den Märtyrertod“, äußerte Akar im Kontrollzentrum der Operation nahe der irakischen Grenze, das er mit anderen Militärleitern besuchte.

Nach ersten Informationen, die von zwei lebendig gefangenen Terroristen erhalten worden wären, wurden die türkischen Bürger zu Beginn der Operation „von dem für die Höhle zuständigen Terroristen gemartert“, so der Minister weiter.

Die PKK hat sich nicht zu dem Vorfall geäußert.

Laut Akar wurden bei dem jüngsten Militäreinsatz im Nordirak 48 Kämpfer getötet. Die Region, in der sie operiert hätten, sei unter Kontrolle gebracht und die Munitionslager und Unterkünfte der Kämpfer seien zerstört worden. Drei türkische Soldaten seien dabei getötet und drei weitere verletzt worden, hieß es.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/0e/904124_0:0:3071:1728_1440x0_80_0_0_e4e21882b3f057747aaf54b47a2fd419.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 14. Februar um 9:00 Uhr 2871 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 2374 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 249 Todesfälle.

snaneews.de: **Nach Piratenüberfall auf türkisches Frachtschiff: Entführte Seeleute wieder in Türkei**

Knapp drei Wochen nach dem Überfall auf das Containerschiff „Mozart“ im Golf von Guinea sind 15 von Piraten entführte türkische Besatzungsmitglieder wieder in die Türkei zurückgekehrt. Darüber berichtet das türkische Außenministerium am Sonntag.

Ein auf dem Twitter-Account von Außenminister Mevlüt Cavusoglu veröffentlichtes Video zeigt, wie der Minister die am Freitag freigelassenen Seeleute am frühen Sonntagmorgen am Flughafen Istanbul in Empfang nimmt.

Der Überfall hatte sich am 23. Januar etwa 180 Seemeilen vor der Küste Nigerias ereignet. Dabei war ein aserbaidjanisches Besatzungsmitglied getötet worden. Die Piraten hatten das Frachtschiff nach dem Überfall wieder verlassen. Drei Besatzungsmitglieder waren zurückgeblieben und hatten den Frachter in einen Hafen des zentralafrikanischen Staates Gabun gesteuert. Das Schiff fährt unter liberianischer Flagge und war von der nigerianischen Hauptstadt Lagos nach Kapstadt in Südafrika unterwegs.

Die Piraten hatten nach Angaben der Schiffsgesellschaft fünf Tage nach dem Überfall Kontakt aufgenommen. Ob Lösegeld gezahlt wurde, war zunächst unklar.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/0e/904369_0:3:2731:1539_1440x0_80_0_0_bc9008f7e5d859497dc0725f67e0a2a0.jpg

Mzdnr.ru: Am 13. Februar wurden in der DVR 138 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 32 positiv, bei 17 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 14. Februar um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 22.760 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

7328 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 13.506 als gesund entlassen, es gibt 1926 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 39 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 57 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 24 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1118 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 476 mit Sauerstoffunterstützung (+11 in den letzten 24 Stunden).

de.rt.com: **Proteste, Donbass, COVID-19: Wladimir Putin spricht mit Chef-Redakteuren russischer Medien**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich am 10. Februar per Videoschle mit den Chef-Redakteuren mehrerer russischer Medien getroffen. Nach Angaben des Kremlsprechers Dmitri Peskow beteiligten sich daran 35 Journalisten. Dabei wurde ein breiter Themenkreis angeschnitten. Obwohl das Gespräch hinter verschlossenen Türen stattfand, beschloss der Kreml, die Stellungnahme des Staatschefs zu einzelnen Kernproblemen publik zu machen.

Am 14. Februar zeigte der Fernsehsender Rossija-24 Videoausschnitte der Unterredung.

Russland und Donbass

Eines der erörterten Themen war der langjährige Konflikt im Osten der Ukraine. Putin erklärte, Russland werde den Donbass nicht allein stehen lassen. Man müsse aber jeden Schritt gut durchdenken:

"Vor meinen Augen stehen Menschen, die im Donbass verletzt und verstümmelt wurden, insbesondere Kinder. Aber auf unseren Schultern – ich sage 'unseren', weil Sie die vierte Macht sind – lastet eine riesengroße Verantwortung für Russland im Allgemeinen. Bevor wir irgendeine Entscheidung treffen, müssen wir die Folgen jedes unseres Schrittes bedenken. Den Donbass werden wir trotz allem nicht im Stich lassen."

Nach dem Umsturz in Kiew im Februar 2014 hatte die neue ukrainische Führung im April 2014 eine Militäroperation gegen die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk gestartet, die ihre Unabhängigkeit von der Ukraine erklärt hatten. Seitdem wirft die Ukraine Russland vor, die überwiegend russischsprachige Region Donbass besetzt zu haben und den Separatismus dort zu unterstützen. Russland weist das entschieden zurück und ruft das

Nachbarland auf, das im Februar 2015 vereinbarte Minsker Abkommen zur Beilegung des innerukrainischen Konfliktes zu befolgen. Nach UN-Angaben soll der Konflikt im Osten der Ukraine ungefähr 13.000 Menschenleben gefordert haben.

Alexei Nawalny und nicht genehmigte Protestaktionen

Putin kommentierte auch die nicht genehmigten Protestaktionen in ganz Russland, die im Januar und Februar stattgefunden hatten. Der Präsident zeigte Verständnis für seine mit der aktuellen sozialwirtschaftlichen Lage verärgerten Landsleute. Ihm zufolge hätten bestimmte Kräfte die durch die COVID-19-Pandemie erschwerte Situation ausgenutzt. Putin zufolge neigten die Bürger dazu, die Regierung für alle Probleme verantwortlich zu machen, selbst wenn es objektive Ursachen für einen Rückgang ihrer Einkommen geben könnte:

"Natürlich versucht man sowohl in Europa als auch in anderen Ländern dies auszunutzen. Selbst in den USA wird diese Situation von allerlei rivalisierenden Kräften ausgenutzt."

Der russische Staatschef sprach auch die Situation um den Oppositionellen Alexei Nawalny an, den er nicht namentlich als "Figuranten" bezeichnete:

"Man nutzt diesen Figuranten eben jetzt aus, wenn es unter Menschen in allen Ländern der Welt, auch bei uns, zur Erschöpfung, zum sich aufstauenden Ärger und zur Unzufriedenheit kommt, darunter wegen ihrer Lebensverhältnisse und ihrer Einkommenslage."

Am 23. und 31. Januar hatten in ganz Russland Protestdemos stattgefunden, zu denen Nawalnys Team aufgerufen hatte. Die Behörden warnten die Bevölkerung vor einer Teilnahme an den nicht genehmigten Aktionen wegen der COVID-19-Pandemie. Auch am 2. Februar gab es nach der Verurteilung des Oppositionellen im Zentrum Moskaus illegale Kundgebungen. Dabei kam es zu zahlreichen Festnahmen. Allein am 23. Januar wurden in der russischen Hauptstadt fast 2.000 Menschen festgenommen.

Ausländische IT-Riesen und russische Pendants

Der Präsident äußerte sich darüber hinaus zur Tätigkeit der ausländischen IT-Riesen in Russland. Putin versicherte, dass Russland keine ausländischen Internet-Services sperren werde, solange es keine einheimischen Pendants gebe. Strafmaßnahmen gegen ausländische Plattformen könnten lediglich bei Feindseligkeiten gegenüber Russland verhängt werden:

"Ich zum Beispiel habe keinen Wunsch, irgendetwas künstlich abzdrehen oder Daumenschrauben anzuziehen. Wenn es jedoch zu irgendwelchen feindseligen Handlungen kommen sollte, schließe ich das nicht aus. Feindselige Handlungen gegenüber unserem Land sind unzulässig."

Putin zufolge würden sich die westlichen IT-Unternehmen ganz anders verhalten, wenn sie ihr Monopol einbüßen würden. In diesem Zusammenhang erinnerte der Präsident an solche Unternehmen wie "Yandex" und "Sberbank". Diese und andere russische IT-Firmen hätten ihm zufolge gute Perspektiven.

COVID-19-Bekämpfung in Russland

Der russische Staatschef ging auch auf die weltweite COVID-19-Pandemie ein. Putin schätzte die Leistung des einheimischen Gesundheitswesens im Kampf gegen die gefährliche Erkrankung hoch ein. Der Präsident erklärte, dass der objektivste Kennwert die Inzidenzrate pro 100.000 Einwohner sei. In Russland betrage dieser Index zwölf, während er in den USA und EU-Staaten nach wie vor bei 45 liege. Putin zufolge habe Russland die Corona-Krise besser als viele andere Staaten gemeistert:

"Die Mobilisierung des gesamten Gesundheitswesens und die Mobilisierung der Industrie waren unvergleichlich größer als in den EU-Staaten und in den USA. Da ist ein echter Verfall. Das Niveau des Gesundheitswesens und der Industrie ist dort zwar hoch. Dort gibt es wunderbare Errungenschaften und in einigen Bereichen haben wir noch vieles einzuholen. Diese gelten jedoch nur für ein gewisses Publikum. Bei uns sind sie aber für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung bestimmt."

Putin bemerkte zugleich, dass gewisse gegenüber Russland skeptisch gestimmte Kräfte damit gerechnet hätten, dass das Land im Kampf gegen das Coronavirus nichts taugen würde.

Russische Biologen schafften es aber, einen SARS-CoV-2-Impfstoff zu entwickeln. Russland hatte im August Schlagzeilen gemacht, als es als erstes Land in der Welt seinen Corona-Impfstoff Sputnik V registriert hatte. Ausländische Kommentatoren und Wissenschaftler äußerten sich zwar anfangs besorgt über die Schnelligkeit, mit der das Präparat registriert wurde, doch ihre Schöpfer argumentieren, dass die Formel auf positiven Daten aus frühen Studien beruhe. Später wurden in der Fachzeitschrift The Lancet Ergebnisse einer klinischen Studie zur Sicherheit und Wirksamkeit des Impfstoffs veröffentlicht. Inzwischen wurde der in Russland entwickelte Impfstoff in mehreren Ländern zugelassen. Zuvor hatten russische Medien nach dem Treffen zwischen Putin und den Chef-Redakteuren von einem Telefongespräch des russischen Präsidenten mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron berichtet. Dabei ging es um die angebliche Vergiftung Nawalnys. Putin zufolge habe Macron Russlands Angebote für eine Kooperation bei der Untersuchung des Falls abgelehnt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/6028e11048fbef615325e630.jpg>

Lug-info.com: Ansprache des Oberhauptes der LVR aus Anlass des Tags der Befreiung von Woroschilowgrad von den Faschisten

Liebe Freunde!

Vor 78 Jahren haben unsere Landsleute das Lugansker Land – Woroschilowgrad – vom Faschismus befreit. Heute ehren wir mit Stolz und sehr großer Dankbarkeit die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges, die Arbeiter des Hinterlands. Eine tiefe Verbeugung den Befreiungssoldaten!

Dank ihrer Heldentaten und Selbstlosigkeit wurden dem Lugansker Land der Sieg, die Freiheit und die Unabhängigkeit gegeben. Die Väter, Großväter und Urgroßväter zahlten einen hohen Preis für die Zukunft der folgenden Generationen, weswegen wir ihnen gegenüber eine untilgbare Schuld haben. Unsere heilige Pflicht ist es, das Andenken an das Heldentum des sowjetischen Volkes zu bewahren.

Leider haben sich nicht alle die tragischen Lehren der Vergangenheit angeeignet: Die Ukraine hat sich in einen faschistischen Staat verwandelt, in dem Ausschreitungen und Hass der Nationalisten gegen den Donbass gebilligt werden. Wie die Vorfahren eines Jeden von uns haben wir nicht das Recht uns zu ergeben. Die Lugansker Volksrepublik hat ihre Wahrheit, Rechte und Freiheit verteidigt und geht nicht vom gewählten Weg ab.

Ich gratuliere den Landsleuten zum Jahrestag der Befreiung von Woroschilowgrad von den faschistischen deutschen Besatzern, ich wünsche aufrichtig Wohlergehen, gegenseitiges Verstehen, Erblühen und Frieden in unserem Land!

Das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik, Leonid Paseschnik

nachmittags:

snanews.de: **Guinea meldet erste Ebola-Fälle seit 2016 – drei Tote**

Acht Menschen im Südosten Guineas sind nach Angaben der Gesundheitsbehörde positiv auf das Ebola-Virus getestet worden, drei von ihnen sind gestorben. Dies meldet die Nachrichtenagentur Reuters am Sonntag. Es geht um das erste mögliche Wiederauftreten der Krankheit dort seit dem weltweit schlimmsten Ausbruch zwischen 2013 und 2016.

Die Patienten litten demnach an Diarrhöe, Erbrechen und Blutungen, nachdem sie an einer Beerdigung in der Unterpräfektur Goueke teilgenommen hatten. Die fünf Patienten, die noch am Leben seien, seien in Behandlungszentren isoliert worden.

Es sei nicht klar, ob die Person, die am 1. Februar beerdigt worden sei, ebenfalls an Ebola gestorben war. Es gehe dabei um eine Krankenschwester vom örtlichen Gesundheitszentrum. Laut der nationalen Gesundheitsbehörde ANSS werden derzeit zusätzliche Tests durchgeführt, um die jüngste Ebola-Diagnose zu bestätigen. Mediziner würden daran arbeiten, die Kontaktpersonen der Erkrankten zu verfolgen und zu isolieren.

Guinea werde die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und andere internationale Gesundheitsorganisationen kontaktieren, um Ebola-Impfstoffe zu erwerben, die die Überlebensraten in den letzten Jahren stark verbessert hatten.

„Die WHO erhöht die Bereitschaft und die Reaktionsbemühungen auf dieses potenzielle Wiederauftreten von Ebola in Westafrika, einer Region, die so sehr unter Ebola im Jahr 2014 gelitten hat“, äußerte die WHO-Regionaldirektorin für Afrika, Matshidiso Moeti, via Twitter. Mehrere Monate nach dem Ende des Ebola-Ausbruchs in der Demokratischen Republik Kongo sind in dieser Woche wieder zwei Menschen an dem gefährlichen Virus gestorben. Bei dem jüngsten Ebola-Ausbruch im Osten des Landes sind von 2018 bis 2020 mehr als 2200 Menschen ums Leben gekommen. Er wurde im vergangenen Juni offiziell für beendet erklärt. Im November wurde auch der Ausbruch im Westen des Landes für besiegt erklärt.

Das Virus verursacht schweres Erbrechen und Durchfall und wird durch den Kontakt mit Körperflüssigkeiten verbreitet.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/0e/904957_0:0:3072:1728_1440x0_80_0_0_53c301d934885824868765eb975f0e2e.jpg

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 14. Februar 2021

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine zweimal den zweiten Punkt des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des

Waffenstillstands verletzt.

So haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU in **Richtung Mariupol** von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje das Feuer mit einem Unterlaufgranatwerfer eröffnet und vier Granaten in Richtung **Leninskoje** abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben drei Kämpfer des 3. mechanisierten Bataillons der 28. Brigade der BFU auf einem Posten der Strahlungs- und Chemiebeobachtung von den Positionen im Gebiet von Krasnogorowka aus begonnen, rechtzeitig ihren Berufsfeiertag zu begehen und ungeordnet das Feuer zu Ehren des nahenden Feiertags, des Tags der ABC-Verteidigung der BFU eröffnet. Infolge von chaotischen Schießereien erlitt ein Soldat der 4. Kompanie des 2. mechanisierten Bataillons der 28. Brigade eine Schussverletzung.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 72. Brigade von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus **Spartak** mit Antipanzergranatwerfern beschossen und vier Granaten auf die Ortschaft abgefeuert. Außerdem wurde festgestellt, dass in Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen **technische Arbeiten im Verantwortungsbereich des 1. Bataillons der 28. mechanisierten Brigade** im Gebiet von Marjinka durchgeführt werden. Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis zu geben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **fünf Abwehrraketekomplexe 9K35 „Strela-10“** aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade der BFU **auf Grundstücken privater Häuser in der Friedensstraße in Berdytschi** stationiert sind.

Die ukrainische Seite behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter. So wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung von verbotenen Waffen durch Drohnen der OSZE-Mission zu verhindern, im Verantwortungsbereich der 53. und 36. Brigade der BFU in den Gebieten von Nowotorezkoje, Gnutowo und Lomakino mobile Gruppen des 306. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt werden, deren Aufgabe es ist, mit einer Station „Bukowel-AD“ die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission zu blockieren.

Die Zone der Strafoperation bleibt weiter eine grundlegende Quelle für Einkünfte für die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte. Der Diebstahl von militärischem Material hat massenhaften Charakter angenommen. Natürlich konnten geschäftstüchtige Soldaten die Gelegenheit, sich an der Impfung zu bereichern, nicht verstreichen lassen.

Nach uns vorliegenden Informationen wurde in einem medizinischen Lager bei einer Inventarisierung des amerikanischen Impfstoffs „Pfizer“, der im Rahmen ausländischer Hilfe geliefert worden war, das Verschwinden von acht Päckchen mit dem Präparat entdeckt. Um den Diebstahl des ausländischen Impfstoffs gegenüber dem übergeordneten Kommando zu verheimlichen, hat der Leiter des Sanitätsdienstes der OOS Awramenko entschieden, statt der fehlenden Impfstoffampullen Ampullen mit einem Placebo zu verwenden.

Nach Informationen von ukrainischen Freiwilligen, die sich mit der Lieferung von Medikamenten an ukrainische Soldaten befassen, ist vor zwei Tagen im Netz der Einzelhandelsapotheken „Med-Service“ in Kramatorsk eine begrenzte Partie des amerikanischen Impfstoffs „Pfizer“ aufgetaucht. Der Lieferant des Impfstoffs ist unbekannt, aber der Verkäufer behauptet, dass es kein gefälschtes Präparat sei.

Das Verschwinden des Impfstoffs aus dem militärischen Lager und sein Auftauchen in zivilen Apotheken ist kein zufälliges Zusammentreffen, und das Bestreben des Leiters des Sanitätsdienstes der OOS Awramenko, den Fall von Impfstoffdiebstahl zu verheimlichen, verweist auf sein persönliches Interesse und seine Beteiligung an dem kriminellen Schema.

Die ukrainischen Besatzer nutzen weiter den geltenden Waffenstillstands als Deckung für Provokationen.

So hat der Kommandeur der 36. Marineinfanteriebrigade Gnatow nach Angaben unserer Quellen im Zusammenhang mit dem in der nächsten Zeit anstehenden Abschluss der Aufgaben in der OOS Zone geplant, einen Diversionsausfall auf die Positionen der Volksmiliz der DVR östlich von Schirokino durchzuführen, dort eine Videoaufnahme zu machen, gegenüber dem Kommando einen Bericht über „eine erfolgreiche Eroberung von Positionen des Gegners“ abzugeben und eine weitere unverdiente Auszeichnung zu erhalten. Er befahl, für den Ausfall Kämpfer einer Aufklärungskompanie der Brigade heranzuziehen. Aber die Aufklärer haben sich rundweg geweigert, den Befehl des Kommandeurs der 36. Brigade auszuführen und dies damit begründet, dass sie nicht die Absicht haben, vor dem Abmarsch nach Hause wegen eines weiteren Abzeichens an der Brust des beim Diebstahl erwischten Brigadekommandeurs, der zugunsten seiner manischen Ambitionen bereit ist, das Leben seiner Untergebenen zu opfern, zu sterben. Die Aufklärer waren nur unter der Bedingung zu der Kampfaufgabe bereit, dass Gnatow persönlich die Diversions- und Erkundungsgruppe anführt und gemeinsam mit ihnen losgeht, aber der hat auf die Vorschläge in keiner Weise reagiert und so ein weiteres Mal seine Schwäche und Unfähigkeit, die ihm unterstellten Einheiten zu leiten, gezeigt.

de.rt.com: **Dutzende Verletzte nach Erdbeben der Stärke 7,3 in Fukushima**

Vor der japanischen Ostküste kam es in der Nacht zu Sonntag zu einem starken Erdbeben. Mehr als 100 Menschen wurden Berichten zufolge verletzt. Das Erdbeben mit einer Stärke von 7,3 ereignete sich in Fukushima um 23.08 Uhr Ortszeit. Fast eine Million Menschen waren vorübergehend ohne Strom.

Eine Tsunamiwarnung wurde jedoch nicht ausgegeben. Das Beben ereignete sich in einer Tiefe von 60 Kilometern vor Fukushima, nahe dem Epizentrum des verheerenden Erdbebens von 2011, das damals einen Tsunami auslöste und mehr als 18.000 Menschen tötete. Die Erschütterung sei laut der Meteorologiebehörde eine Nachwirkung des Bebens von 2011. Das sich in Fukushima befindende Atomkraftwerk soll nun nach Angaben der Betreiber Tepco auf Schäden überprüft werden.

Damals war es nach dem Erdbeben und dem Tsunami zu einer Kernschmelze in drei der sechs Reaktoren gekommen. Dies war das schlimmste Atomunglück seit Tschernobyl 1986. Regierungssprecher Katsunobu Katō teilte mit, dass jedoch derzeit die Anlagen in Fukushima und Onagawa "keine Auffälligkeiten" zeigen. In der Nacht kam es dann zu einer Reihe von weiteren Nachbeben, darunter eines mit der Stärke von 4,7, wie die Behörde weiter mitteilte. Die japanische Katastrophenschutzbehörde meldete bisher 74 Verletzte in der Region und in Tokio, wo das Beben deutlich zu spüren war. Örtliche Medien berichten bislang von mindestens 104 Verletzten.

Laut Aussage von Ministerpräsident Yoshihide Suga sei es jedoch bei dem Erdbeben zu keinen Toten gekommen. Die Behörden meldeten zudem zwei Erdrutsche, einen auf einer Landstraße und einen auf einer Rennstrecke. Da für die kommende Woche schwere Regenfälle erwartet werden, warnt die Regierung vor weiteren Erdrutschen. Rund 4.800 Haushalte seien zudem derzeit ohne Wasserversorgung. In Japan kommt es häufiger zu Erdbeben und Vulkanausbrüchen, da die Inseln am sogenannten Pazifischen Feuerring liegen, hier stoßen tektonische Platten aufeinander.

`<iframe width="866" height="487" src="https://www.youtube.com/embed/LZZlnx1K04o" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>`

<https://youtu.be/LZZlnx1K04o>

Mil-lnr.su: **Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden in den vergangenen 24 Stunden **keine Feuerprovokationen** des Gegners registriert.

Unter Verletzung des dritten Punktes der zusätzlichen Maßnahmen stationiert der Gegner weiterhin **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf dem von der Ukraine kontrollierten Gebiet.

Im Verantwortungsbereich der 92. mechanisierten Brigade wurde die Stationierung von zwei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Nowoalexandrowka festgestellt.

Außerdem haben unsere Beobachter eine Detonation auf den Positionen des 1. Bataillons der 92. mechanisierten Brigade im Gebiet von Solotoje-4 festgestellt, danach wurde die Ankunft eines Sanitätsfahrzeugs festgestellt.

Die Einheiten der Volksmiliz beobachten ständig den Gegner, halten streng die Bedingungen des geltenden Waffenstillstands ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos, operativ auf Änderungen der Lage zu reagieren.

Das Kommando der OOS unterlässt die Versuche nicht, die Lage in der Zone der Strafoperation zu destabilisieren. Nach Angaben unserer Quellen hat der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“, der Kriegsverbrecher Gorbatsjuk, die Anweisung erteilt, **provokative Aktivitäten im Gebiet des KPP „Staniza Luganskaja“ im Zeitraum vom 15. bis 17. Februar** im Vorfeld des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe durchzuführen, um die Einheiten der Volksmiliz der LVR der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen. Die verbrecherischen Aufträge wurden nationalistisch eingestellten Kämpfern der sogenannten Luftsturmbrigade Schworoks übertragen. Die unverbesserlichen Nazisten der 80. Brigade haben sich während der Strafoperation bereits mehrfach durch besondere Brutalität gegenüber der örtlichen Bevölkerung ausgezeichnet, wodurch sie das Vertrauen von Seiten des übergeordneten Kommandos erworben haben. Nach Informationen von zuverlässigen Quellen haben **im Gebiet der Ortschaften Stschastje und Staniza Luganskaja Filmteams** der von den Besatzern kontrollierten Fernsehsendern „ICTV“ und „5. Kanal“ unter Kontrolle von Offizieren des 74. Zentrums für informationspsychologische Operationen mit der Arbeit begonnen, **um inszenierte Reportagen über Beschuss von Seiten der Volksmiliz zu erstellen**, um sie dann auf dem nächsten Treffen der dreiseitigen Kontaktgruppe zu präsentieren, das für den 16.-17. Februar geplant ist.

Ich erkläre verantwortlich, dass die Volksmiliz der LVR die Minsker Vereinbarungen und das Regime der Feueinstellung streng einhält.

snanews.de: **Nach siebenmonatigem Flug: VAE-Raumsonde schickt erstes Foto vom Mars**

Fünf Tage nach ihrem Eintritt in die Umlaufbahn des Mars hat die Raumsonde der Vereinigten Arabischen Emirate das erste Bild vom Roten Planeten geschickt. Die Aufnahme ist am Sonntag auf dem Twitter-Account des Ministerpräsidenten Mohammed bin Raschid al-Maktum veröffentlicht worden.

Das Foto sei 25.000 Kilometer über der Mars-Oberfläche entstanden, hieß es in der Twitter-Mitteilung.

Scheich Mohammed bin Sajid al-Nahjan, Kronprinz Abu Dhabis und faktischer Herrscher der Emirate, sprach von einem „entscheidenden Moment in unserer Geschichte“.

Die „Amal“-Mission (Hoffnung) war am Dienstag mit einer Geschwindigkeit von 18.000 Kilometern pro Stunde in die Umlaufbahn des Mars eingetreten.

Die emiratische Raumsonde war nach ihrem Start sieben Monate lang unterwegs und soll helfen, das Klima des Planeten besser zu erfassen. Sie soll dafür rund zwei Jahre in der Mars-Umlaufbahn bleiben und die Oberfläche des Planeten zu allen Tages- und Jahreszeiten untersuchen. Die Sonde soll den Mars alle 55 Stunden umkreisen und alle neun Tage ein vollständiges Bild aufnehmen. Die ersten wissenschaftlichen Daten sollen bereits im September veröffentlicht werden.

Am Mittwoch hatte Chinas Raumsonde zur Erkundung der Marsoberfläche, „Tianwen 1“,

ebenfalls die Umlaufbahn des Roten Planeten erreicht. Vor der Landung soll sie noch zwei oder drei Monate den Mars umkreisen.

Zuvor hatten die USA, die Sowjetunion, Europa und Indien den Planeten in eigenen Missionen erreicht. Am 18. Februar soll der Nasa-Rover „Perseverance“ auf der Oberfläche des Mars landen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/0e/906613_0:176:2636:1659_1440x0_80_0_0_8af9d98336da014610d6dafa767ebcb9.jpg